

Stadtvertretung stärkt Verhandlungsmandat der Oberbürgermeisterin zur Zukunft des Mecklenburgischen Staatstheaters

Auch die Oktobersitzung der Schweriner Stadtvertretung stand zunächst ganz im Zeichen der Debatte um die Zukunft des Mecklenburgischen Staatstheaters. Die Stadtvertretung hatte im Frühjahr, auch unter dem Eindruck der massiven Proteste der Bürgerinnen und Bürger, die Entscheidung über die Sanierungsvorschläge und damit verbundene Entlassungen am Theater ausgesetzt. Man wollte nicht in voreilenden Gehorsam handeln und den Vorschlag des Kultusministers zur Zukunft der Theater- und Orchesterlandschaft in MV abwarten. Dieser liegt nun auf dem Tisch. Unter der Maßgabe, dass die Landeszuschüsse in Höhe von 35,8 Mio EUR vor 2020 nicht dynamisiert werden, hat die Münchner Firma Metron 9 Modelle vorgelegt. Diese reichen von der Wahrung des Ist Zustandes (kommunale Autonomie), über die teilweise projektbezogene Ausreichung der Mittel (Autonomie und Kooperation) bis zu Zusammenlegungsoptionen in unterschiedlichen Ausprägungen (gemeinsame Staatsoper mit Rostock in Landesträgerschaft, gemeinsames Staatstheater Mecklenburg mit Rostock Leuchtturmtheater Schwerin, dass andere Bühnen mitbespielt) Fraktionschef Gerd Böttger kritisierte aus Sicht der LINKEN, dass die Volksinitiative, deren Ziel der Erhalt der bestehenden Strukturen war, trotz mehr als 50.000 Unterschriften vom Landtag abgelehnt worden sei. Damit hat sich die SPD/CDU geführte Landesregierung darauf festgelegt, kein zusätzliches Geld in die Hand zu nehmen, obwohl lediglich 0,5% des Landeshaushaltes auf den Betrieb der Theater und Orchester entfallen. Jetzt müsse es aber darum gehen, OB Angelika Gramkow für die Verhandlungen mit dem Land den Rücken zu stärken, um ein qualitativ hochwertiges Theater für die Landeshauptstadt zu sichern. Daher unterstützt DIE LINKE die Bildung einer Verhandlungskommission, der auch die Aufsichts- und Betriebsratsvorsitzenden sowie Vertreter der Stadtfraktionen angehören.

LINKE mit Anträgen zu Bewerberverfahren und Gleichstellungsbeauftragter erfolgreich

Die Stadtvertretung beschloss zu prüfen, ob das anonymisierte Bewerberverfahren, bei dem die Qualifikation und nicht die Herkunft, das Geschlecht, das Aussehen auf Bewerbungsfotos im Vordergrund stehen im Rahmen von Ausschreibungen in der Stadtverwaltung und bei den 100-igen Tochtergesellschaften zum Einsatz kommen kann. Ferner wurde auch der Erweiterung der Stellenbeschreibung für die Petra Willert, der Schweriner Gleichstellungsbeauftragten zugestimmt. Diese wird künftig auch Ansprechpartnerin für die Sorgen und Nöte von Schwulen, Lesben, Bisexuellen und Transgendern sein.

Neue Hauptsatzung beschneidet Rechte der Oberbürgermeisterin

Die Hauptsatzung regelt wesentliche Dinge im Zusammenhang mit der Arbeit der Stadtfraktionen, der Verwaltung und der Ortsbeiräte. DIE LINKE stimmte wie angekündigt für den Erhalt der 17 Ortsbeiräte, die Beibehaltung der gewählten Beigeordneten und die Bezeichnung Mitglied der Stadtvertretung für die gewählten Vertreter der einzelnen Parteien. Die Beschneidung der Kompetenzen der Oberbürgermeisterin in Personalangelegenheiten und die Auflage Verträge oberhalb einer Summe von 10.000 EUR grundsätzlich im

Hauptausschuss der Stadt zu votieren, lehnte die Fraktion dagegen ab. Fraktionschef Gerd Böttger machte deutlich warum. „Mit dieser Entscheidung wird Verwaltungshandeln erschwert. Zudem drohen Personalentscheidungen nicht mehr nach persönlicher und fachlicher Eignung, sondern nach Parteibuch getroffen zu werden. Aus unserer Sicht sind personelle Dinge eine Angelegenheit der Betriebsparteien, Oberbürgermeisterin und Personalrat sollten diese diskutieren und entscheiden. Die von SPD und CDU/FDP eingebrachten Vorschläge zielten darauf, die Oberbürgermeisterin zu entmachten. Man darf sehr gespannt sein, wie sich die Beteiligung der Fraktionen, die den Hauptausschuss jetzt auch zum Personalausschuss aufblähen an den dann deutlich längeren Sitzungen sein wird.

Feuerwehrmuseum in Neu Zippendorf braucht Unterstützung

Seitdem die Stadt die Halle am Fernsehturm an das Feuerwehrmuseum übergeben hat, gibt es immer wieder Einbrüche und Vandalismus in unterschiedlichster Ausprägung. So werden gestohlene PKW in die Zaunanlagen gefahren, Fenster eingeschlagen oder Sachen aus dem Vorraum entwendet. Insofern ist die Intention des Antrages zu helfen nachvollziehbar, wie Fraktionsvize Henning Foerster in der Debatte ausführte. Ob allerdings die Rücknahme der Flächen durch die Stadt ein probates Mittel ist, muss bezweifelt werden. Die Vorlage wird in den Ausschüssen weiterberaten.

Regionalgeld soll regionale Wirtschaftskreisläufe stärken

Darauf zielten die Anträge des fraktionslosen Stadtvertreters Rene Zeitz, der seine Ideen auch dem Arbeitskreis Wirtschaft der LINKEN vorgestellt hatte. Martin Frank nahm in seinem Redebeitrag darauf Bezug und machte deutlich, dass die schwierige wirtschaftliche Situation besonders kleiner und mittlerer Unternehmen neue Wege erforderlich machen kann, um Existenzen zu sichern. Beispiele für die erfolgreiche Einführung von Regionalgeld gibt es zum Beispiel in Potsdam, wo die Havelblüte eine Stärkung der regionalen Wirtschaftsstrukturen zum Ziel hat. Er machte jedoch auch deutlich, dass die Stadtverwaltung nur den Anstoß für eine solche Diskussion geben könne. Letztlich braucht es die Unternehmen, die Gutscheine herausgeben und sie durch Waren und Leistungen decken. Im Gegensatz zu normalen Gutscheinen, wie sie heute von vielen Unternehmen ausgegeben werden, wird das Regionalgeld jedes Teilnehmers auch von allen anderen Teilnehmern 1:1 zum Euro akzeptiert. Damit kann also mit einem Gutschein vom Gemüsehändler auch das Brot beim Bäcker bezahlt werden. Auch dieses Thema wird in den Fachausschüssen diskutiert.

Schwerin als Fairtrade Stadt

„Wir wollen die Weichen stellen, damit Schwerin eine von mehr als 1000 Städten weltweit wird, die sich der Idee des Fairen Handels verpflichtet fühlen“, sagte Fraktionsvize Henning Foerster zu Beginn der Debatte. Im Kern geht es darum, darauf hinzuwirken, dass in Einzelhandelsgeschäften und Gastronomiebetrieben Erzeugnisse aus fairem Handel angeboten werden. Durch den Ausschluss unfairen Zwischenhandels erhalten die Erzeuger in Dritte Welt und Schwellenländern den Zugang zum Markt und können von den erzeugten Produkten, wie Kaffee, Kakao oder Textilien auch leben. Die Kampagne setzt durch begleitende Veranstaltungen auf eine Sensibilisierung der Bevölkerung. Am Ende steht die Verleihung des Fairtrade Siegels, mit dem die Landeshauptstadt ihr Image verbessern und auf Messen werben kann. Im Vorfeld hatte sich der Arbeitskreis Wirtschaft mit dem Netzwerk „Eine Welt Läden“ getroffen, um die Finanzierung der Kampagne zu klären. Das Gros des Geldes kommt aus Stiftungsmitteln. Für die bei der Stadt verbleibende Öffentlichkeitsarbeit

hat Stefan Schmidt, Unternehmer und Finanzausschussmitglied für DIE LINKE bereits Unterstützung zugesagt. Auch dieses Thema wird in den Fachausschüssen diskutiert.

Pflegestützpunkt in Schwerin

Unbestritten ist, dass eine unabhängige Stelle für die Beratung zu allen, das Thema Pflege betreffenden Problemen, eine sinnvolle Einrichtung sein kann, so Peter Brill für DIE LINKE. Allerdings lösen Pflegestützpunkte nicht das Grundproblem der Pflegeversicherung, die vornherein als Teilkasko konzipiert ist und zunächst die Angehörigen von zu Pflegenden in die Pflicht nimmt. Zudem stünden die Pflegekassen und deren Errichtungsbevollmächtigte in der Pflicht. Letztlich muss in Zeiten klammer Kassen auch die Frage der Finanzierung gestattet sein, denn das Land gewährt eine Anschubfinanzierung für 2 Jahre und zieht sich dann zurück. Auch dieses Thema wurde zur weiteren Beratung in die Fachausschüsse verwiesen.

Stadtvertretung lehnt Positionierung zur Vermögenssteuer ab

„Geld gibt es in der BRD genug, es ist nur falsch verteilt“, so Andre Walther, der den Antrag „Beitritt der Landeshauptstadt zum Bündnis Vermögenssteuer jetzt“ einbrachte. „Wenn 10% der Bevölkerung mehr als zwei Drittel des Vermögens besitzen und 50% gar nichts, gerät die Gesellschaft in Schieflage. Die Verschuldung der öffentlichen Haushalte steigt, die Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger werden zusammengestrichen. Hier gilt es gegenzusteuern.“ Die Vermögenssteuer wurde nur ausgesetzt, nie abgeschafft. Die Aussetzung fand zu Zeiten statt, als der Spitzensteuersatz noch 53% betrug, aktuell liegt dieser bei 42%. 1996 wurden so 9 Mrd DM eingenommen. DIE LINKE fordert die Wiedereinführung der Vermögensteuer, in Form der Millionärsteuer. Sie soll gezielt Vermögensmillionäre treffen. Dies wird durch einen Freibetrag von einer Million Euro erreicht. Wer weniger als eine Million Euro sein Eigen nennt, zahlt keine Steuer. Damit ist zugleich gewährleistet, dass ein selbst genutztes Eigenheim von der Steuer befreit bleibt. Der Teil des Vermögens von Millionären, welcher oberhalb von einer Million Euro liegt, wird mit fünf Prozent besteuert. Die steuerpflichtigen Millionäre werden konsequent individuell besteuert, d.h. Ehegatten werden nicht mehr zusammen veranlagt. Der Antrag fand keine Mehrheit. Auch die SPD, deren Kanzlerkandidat eine Wiedereinführung thematisiert, lehnte die Initiative der LINKEN ab.